

Millionäre besteuern

Von Sabine Zimmermann

Die Spaltung in Arm und Reich hat drastische Züge angenommen. In Deutschland findet eine enorme Umverteilung von unten nach oben statt, die man deutlich an den offiziellen Statistiken zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ablesen kann. Der Anteil der Löhne am Einkommen und am, gesellschaftlichen Reichtum nimmt seit längerem ab. Die Lohnquote hat sich in den letzten Jahren aufgrund von Lohnsteigerungen zwar etwas erhöht, den langfristigen Abwärtstrend konnten sie aber nicht ausgleichen.

Parallel zu dieser Entwicklung muss man feststellen, dass der Sozialstaat immer weniger vor Armut schützt und ein Umverteilungseffekt nach unten immer weniger besteht.

Das ist natürlich ein Ergebnis bewusster politischer Entscheidungen und direkte Folge der „Agenda 2010“ - einer Politik des Abbaus des Sozialstaats. Insbesondere ist hier die Einführung von Hartz IV als Repressionsinstrument zu nennen, welches gleichzeitig den Druck auf die Löhne erhöhte, da Arbeit nun zu jedem Preis zumutbar wurde. Zudem konnten so die noch Beschäftigten bezüglich ihrer Ansprüche diszipliniert werden. Der Arbeitsmarkt wurde – unter anderem im Bereich der Leiharbeit – dereguliert und ein stetig wachsender Niedriglohnsektor etabliert. Gleichzeitig wurden Kapital und hohe Vermögen privilegiert, Steuern gesenkt und Kapitalflucht begünstigt.

Dieser Entwicklung muss endlich Einhalt geboten werden. Das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Vermögende müssen entsprechend ihrer Leistungskraft zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Auch sie haben eine soziale Verantwortung und müssen etwas an die Gesellschaft zurückgeben.

Eine Abgabe auf große Vermögen ist überfällig. Die Linke fordert eine Millionärssteuer, bei der die erste Million des Vermögens steuerfrei bleibt. Danach wird ein Steuersatz in Höhe von fünf Prozent erhoben. Für ein privates Geld- bzw. Immobilienvermögen von

zwei Millionen Euro müssten demnach 50.000 Euro Steuern im Jahr bezahlt werden. Hier geht es keinesfalls um Enteignung, sondern um einen Beitrag zur Rückverteilung, mit dem enorm viel erreicht werden könnte. Im Jahr würden so rund 80 Milliarden Euro zusammenkommen.

Die Vermögenssteuer ist ein wichtiger Baustein, um Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen. Gleichzeitig muss aber auch der Arbeitsmarkt in Ordnung gebracht werden: Dazu gehört unter anderem ein wirklich existenzsichernder und regelmäßig zu erhöhender Mindestlohn ohne Ausnahme, die Abschaffung systematischer Niedriglohnbeschäftigung per Leiharbeit und Werkverträgen, die Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung und auskömmliche Renten. Eine Vermögenssteuer schafft dafür den finanziellen Spielraum.

Sabine Zimmermann ist stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Die Linke